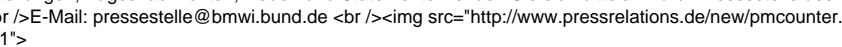




Rösler: Euroraum setzt weiteres Zeichen für Stabilität

Rösler: Euroraum setzt weiteres Zeichen für Stabilität
Fiskalvertrag tritt wie geplant zum 1. Januar 2013 in Kraft
Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch Finnland am 21. Dezember 2012 haben die erforderlichen zwölf Mitgliedstaaten des Euroraums den Fiskalvertrag ratifiziert. Dieser kann somit, wie vorgesehen, zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.
Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler: "Mit dem Inkrafttreten des Fiskalvertrags setzt Europa gleich zu Beginn des neuen Jahres ein entscheidendes Signal für die Stabilität der gemeinsamen Währung. Nun kommt es darauf an, dass die vereinbarten Regeln in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden - um so die öffentlichen Finanzen in allen Euroländern auf eine langfristig stabile Grundlage zu stellen. Dies ist ein unerlässlicher Beitrag zu mehr Vertrauen, Wachstum und Beschäftigung."
Neben den zwölf Ländern des Euroraums, darunter Deutschland, haben bislang vier weitere Mitgliedstaaten den Fiskalvertrag ratifiziert, weitere neun haben ihn unterzeichnet. Neben der verpflichtenden Einführung einer Schuldenbremse in den Mitgliedstaaten schreibt der Fiskalvertrag auch eine konsequentere Haushaltsüberwachung und eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik vor. Zudem ist die Ratifizierung des Fiskalvertrags und die Einführung einer Schuldenbremse Voraussetzung dafür, Hilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Anspruch nehmen zu können.
Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Tagesnachrichten, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an:
Pressestelle des BMWi
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe